

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Keinen Grund zu besonderer
Aufregung sieht **Eckart Kuhl-
wein MdB** nach Rudolf Schar-
pings Tutzingener Rede.

Seite 1

Populistischen Quatsch über
die EU hat **Detlev Samland
MdEP** in einem Spiegel-Inter-
view des CDU-Politikers Bern-
hard Friedmann ausgemacht.

Seite 3

Nicht in der Lage, eigene In-
teressen zu vertreten, sieht
Joachim Poß MdB Bundesfi-
nanzminister Waigel nach dem
Scheitern des Versuchs, die
Zinsbesteuerung in der EU zu
harmonisieren.

Seite 4

49. Jahrgang / 231

5. Dezember 1994

Kein Grund zu besonderer Aufregung Zu Rudolf Scharpings Tutzingener Rede

Von Eckart Kuhlwein MdB

Wer Anfang der vergangenen Woche in den Zeitungen die Berichte und Kommentare zu Rudolf Scharpings Tutzingener Rede gelesen hat, der mußte fast zu dem Schluß kommen, er hätte eine historische Stunde verpaßt. Da hat doch endlich der Vorsitzende der SPD seiner Partei die Leviten gelesen, hat schonungslos ihre Schwächen aufgedeckt, hat ihr neue Orientierung gegeben, hat mit zählebigen Tabus gebrochen. Beinahe wie weiland Björn Engholm auf dem Petersberg mit der Asyl-Wende hat nun sein Nachfolger am Stamberger See den sozialdemokratischen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik eingeläutet.

Wer den Text der Tutzingener Rede nachliest und sich gleichzeitig an das im Juni auf dem Parteitag in Halle beschlossene Regierungsprogramm erinnert, wird weit weniger Grund zur Aufregung empfinden. Mag der Versuch im Programm auch noch unvollkommen gewesen sein, Ökonomie, Ökologie und soziale Frage miteinander zu verbinden, so hat doch in Halle niemand bestritten, daß wir "mit einer ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft Zukunftsmärkte eröffnen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen" wollen. Und wir haben dazu - mehr oder weniger ausdifferenziert - auch den Instrumentenkasten geliefert.

Dies alles konnten die in Tutzing anwesenden Journalisten natürlich nicht wissen. Wer liest von denen schon Wahlprogramme? So hatte denn Rudolf Scharping die günstige Gelegenheit, die staunende Öffentlichkeit mit einer bisher verborgen gebliebenen Seite der SPD-Programmatik zu konfrontieren. Er hat diese Chance weiterhin genutzt. Und die Moral von der Geschichte: Kündige an, du wolltest endlich einmal ganz offen reden und tu dies nicht im überfütterten Bonn, schon kannst du als Neuigkeit verkaufen, was seit langem beschlossene Sache ist. So ist die Rede von Tutzing zumindest ein Pilotprojekt dafür, wie die SPD künftig mit ihren politischen Schwerpunkten und ihren Initiativen massenhafte Kommunikation herstellen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 18 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortungsvoll
mit recyceltem Papier
gedruckt



Oder sollte es vielleicht doch nicht nur an den Journalisten gelegen haben, daß im vergangenen Bundestagswahlkampf die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD nicht ausreichend wahrgenommen werden konnte? Die aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer werden sich erinnern, daß in den zentralen Botschaften am Ende der Kampagne sehr viel von Ergänzungsabgabe und Familienleistungsausgleich - also von Umverteilung - und sehr viel weniger von Ökologie und Ökonomie die Rede war. Das könnte die Ursache dafür gewesen sein, daß die einen hochmotiviert ihr Kreuz bei der SPD gemacht, und die anderen ihr frustriert die Freundschaft aufgekündigt haben. Oder haben sich die "Besserverdienenden" vielleicht zu Unrecht als "Lastesel" (Scharping) empfunden? Und wer hat eigentlich die Schwerpunkte des Wahlkampfes bestimmt? Die "Seeheimer", der "Frankfurter Kreis" oder wer sonst?

Drei Fragestellungen aus Scharpings Tutzinger Rede bedürfen allerdings noch einer vertiefenden Diskussion: Die Abwägung der Chancen und Risiken neuer Technologien, die "Modernisierung des Sozialstaats" und der angekündigte SPD-Wirtschaftsrat.

Über sozialdemokratische Kriterien für die Technikgestaltung findet sich Denkwürdiges im Berliner Grundsatzprogramm. Technische Innovation soll dort zum Beispiel "ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und Grundwerte verwirklichen". Außerdem gibt es Vorschläge für Wachstumsfelder, die politisch gefördert werden sollen. Dazu gehört alles, was dem ökologischen Umbau dient. Im Zusammenhang mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm werden diese Felder auch im Regierungsprogramm genannt: Klima- und Umweltschutz, Energieeinsparung, Maßnahmen zur Erhöhung der Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energieträger und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. "Wir wollen nicht den Menschen der Technik anpassen, wir wollen eine menschengerechte, sozialgerechte und umweltverträgliche Technik", sagt das Berliner Grundsatzprogramm. Das sollte auch in Zukunft bei der Bewertung neuer Technologien gelten.

Bei der Modernisierung des Sozialstaats sind bereits in den letzten Jahren große Schritte nach vorn gemacht worden. Die Rentenreform und die Gesundheitsstrukturreform sind von der SPD erheblich beeinflusst worden. Das Rentensystem ist für absehbare Zeiten wetterfest. Für das Gesundheitssystem hat die SPD eigene Vorstellungen für die nächste Reformrunde entwickelt. Für den öffentlichen Dienst fehlen solche Konzepte. Da liegt zweifellos eine Menge Zündstoff - aber nicht nur für die SPD. Beim Familienleistungsausgleich wollen wir mehr Umverteilung. Der Grundwert Solidarität spricht für den von uns im Wahlkampf massiv geforderten Umbau des Systems der Familienförderung. Bleibt die Frage nach der Zukunft der Sozialhilfe. Wenn Rudolf Scharping dieses System "modernisieren" will, darf nach der Richtung gefragt werden. Zumal gerade in diesen Tagen eine Untersuchung aus Bremen bekannt wurde, nach der Sozialhilfeleistungen nur selten mißbraucht werden und die meisten Sozialhilfeempfänger die Leistungen als Brücke zur Reintegration in die Gesellschaft brauchen.

Bleibt schließlich drittens die Frage nach dem "Wirtschaftsrat". Semantisch ist der Begriff nicht gerade glücklich gewählt, erinnert er doch an die jeweils reaktionärsten gesellschaftspolitischen Positionen aus dem Lager der Union. Dennoch: Eine regelmäßige Gesprächsrunde der SPD-Spitze mit intelligenten und zukunftsorientierten Managern und Unternehmern könnte unserer Politik interessante Impulse geben. Das darf jedoch nicht heißen, daß wir dort die Großen von gestern versammeln, die uns mit neu verliehener Autorität als "SPD-Wirtschaftsrat" die Vorschläge machen, die gestern schon politisch gescheitert sind. Und es darf auch nicht vergessen werden, daß sich gelegentlich auch Unternehmer ökonomisch irren. Mit "Nieten im Nadelstreifen" jedenfalls wäre dem wirtschaftspolitischen Profil der SPD nur wenig gedient.

(-/5. Dezember 1994/rs/ks)

Populistischer Quatsch!
Bernhard Friedmann, "Der Spiegel" und die EU

Von Detlev Samland MdEP

Die deutsche personelle Vertretung in den Gremien der Europäischen Union war nicht immer Spitze. Mit seinem Interview im "Spiegel" unterstreicht der deutsche Vertreter im Rechnungshof, Bernhard Friedmann, diese These. Wenn jemand wie er, mit Milchmädchenrechnungen und populistischem Quatsch Stimmung machen will, obwohl er es besser wissen sollte, dann wird es Zeit über Personalwechsel nachzudenken.

Zur Sache: 80 Prozent der Ausgaben der Europäischen Union (49 Prozent Agrarausgaben und 31 Prozent Strukturfonds) werden von den Mitgliedstaaten direkt verwaltet. Wer dezentrale Entscheidungen will, kann nicht anschließend nach alleiniger zentraler Kontrolle rufen. Absoluter Schwachsinn ist die Aussage, mit "mehr Subsidiarität" wäre zu verhindern, "daß jeder nimmt, was er kriegen kann". So werden zum Beispiel die Strukturfondsmittel alleine von den Bundesländern verwaltet. Dezentraler und subsidiärer geht es nicht. Der Betrug findet doch regierungsamtlich statt. Wenn zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern Geschäftsbanken in die Projektvorauswahl, Evaluierung, Zahlung und Überwachung einschaltet und diese Banken die Strukturfondsmittel mehr als sechs Wochen in Höhe von sieben Millionen ECU gewinnbringend zurückhalten und anlegen (siehe Rechnungshofbericht Seite 133), dann wird hier betrogen mit Duldung des Prüfers. Der Landesregierung! Betrug dank Subsidiarität.

Die Aussagen von Friedmann gipfeln in der Mär von Deutschland als der europäischen Milchkuh. Blanker populistischer Quatsch. Eine vierköpfige niederländische Familie zahlt 2.636 DM pro Jahr für die EU, eine vierköpfige belgische Familie 2.000 DM, eine vierköpfige Luxemburger Familie 2.688 DM, eine vierköpfige deutsche Familie 1.880 DM. Soviel zur Wahrheit der Zahlen. Natürlich funktioniert der EU-Haushalt als Finanzausgleichsmechanismus. Dafür, daß die ärmeren Länder zollfrei die Waren der Reichen hineinlassen, zahlen die Reichen einen Finanzausgleich. Dafür, daß die ärmeren Länder die Kriterien zur Wirtschafts- und Währungsunion akzeptiert haben, zahlen die reicheren Länder Kohäsionsfondsmittel. Deutschland zahlt entsprechend seinem Bruttosozialprodukt in die Union ein. Da die Ausgaben aber zu 49 Prozent auf den Agrarsektoren fallen, in Deutschland der Agrarbereich gerade mal ein Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet, wird der Rückfluß in die Bundesrepublik immer kleiner ausfallen als in die Länder, die deutlicher vom Agrarsektor abhängen. Solange keine wirkliche Agrarreform durchgesetzt wird, wird sich an diesem Prinzip bezüglich der Rückflüsse nichts ändern.

Würde man Friedmanns Bild auf Deutschland übertragen, müßten die fünf neuen Länder neben Bremen und dem Saarland untergehen. Denn dann dürfte auch ein innerdeutscher Finanzausgleich nicht verwirklicht werden. Und was die Zahlerposition pro Kopf der Bevölkerung angeht, hat Friedmann auch noch unrecht: Pro Kopf zahlt Luxemburg 672 DM, die Niederlande 534 DM, Belgien 500 DM, Dänemark 474 DM und Deutschland 470 DM im Jahre 1993, dem Jahr auf den sich der Rechnungshof bezieht.

Zusammengefaßt: Es wird Zeit, daß auch der "Spiegel" einmal Platz einräumt für eine ehrliche Debatte über die zukünftige EU-Finanzierung und es wird Zeit für einen neuen deutschen Vertreter im Rechnungshof.

(-/5. Dezember 1994/rs/ks)

Nicht in der Lage, eigene Interessen zu vertreten
Finanzminister Waigel ist in der Frage der Harmonisierung der EU-Zinsbesteuerung gescheitert

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Unter der deutschen EU-Präsidentschaft wird es keinerlei Fortschritte bei der Harmonisierung der Zinsbesteuerung geben. Großspurig hatte die Bundesregierung vor der Bundestagswahl angekündigt, sie werde in der Zeit der deutschen EU-Präsidentschaft eine Harmonisierung der Zinsbesteuerung in Europa durchsetzen. Jetzt ist klar, daß auf der morgigen Sitzung der EU-Finanzminister der letzte Kompromißversuch von Bundesfinanzminister Waigel scheitern wird, wenigstens ein Minimum an Grundsätzen für die Wiederaufnahme der Beratungen im nächsten Jahr zu retten. Bundesfinanzminister Waigel ist offenbar - im Gegensatz zu seinen Ministerkollegen in der Europäischen Union - nicht in der Lage, die Interessen seines Landes angemessen zu vertreten.

Erneut hat sich gezeigt, daß die deutsche Verhandlungsposition auch dadurch geschwächt war, weil es dem Bundesfinanzminister bei der Lösung dieses Problems von vornherein an Glaubwürdigkeit mangelt. Zu Beginn seiner Amtszeit hat er alle Bestrebungen, auf EU-Ebene zu einer Harmonisierung der Besteuerung von Kapitaleinkünften zu kommen, torpediert. Im Jahre 1989 hat er die gerade von Finanzminister Stoltenberg eingeführte Quellenbesteuerung abgeschafft, ohne daß er auch nur die geringste Vorstellung für eine alternative Lösung präsentieren wollte. Im Gegenteil hat er sich auf die Beteuerung versteift: "Mit uns gibt es weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene irgend eine Form der Quellensteuer oder Kontrollmitteilung."

Jetzt ist das Scheitern des Bundesfinanzministers in Sachen Zinsbesteuerung komplett. Der Bundeskanzler selbst muß die von ihm als ein Schwerpunkt der deutschen EU-Präsidentschaft formulierte Harmonisierung der Zinsbesteuerung auf dem bevorstehenden Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 9. und 10. Dezember 1994 in Essen zur Chefsache machen. Im Rahmen einer Paketlösung kann auch der Widerstand von Luxemburg und Großbritannien überwunden werden. Die in der EU bestehenden Steuerschlupflöcher, die auch von der organisierten Kriminalität genutzt werden, müssen geschlossen werden. Die Bundesregierung muß auf dem Gebiet der Bekämpfung von Steuerhinterziehung endlich handeln. Wer ständig den Mißbrauch öffentlicher Leistungen anprangert, darf es bei Steuerflucht und Steuerhinterziehung nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bewenden lassen.

(-/5. Dezember 1994/rs/ks)
